

Voelke-Zeitung

Dreihundfünfundvierzigster Jahrgang.

Preis 1.00 Mark monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.80 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark auswärts. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im omnibus Zeitungsverzeichnis unter Voelke-Zeitung eingetragen. Für anstehende eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Voelke-Zeitung' gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004.

Bezugspreis
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.00 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark auswärts. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im omnibus Zeitungsverzeichnis unter Voelke-Zeitung eingetragen. Für anstehende eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Voelke-Zeitung' gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 69.

Halle, Dienstag, den 11. Februar.

1919.

Annahme des Verfassungsentwurfes.

Alle Parteien der Nationalversammlung mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie für das provisorische Verfassungsgesetz. — Neue Anstrengungen der Polen im Osten. — Vor der Wahl des Reichspräsidenten.

Praktische Arbeit.

Tagelang wurde die Presse aus Weimar mit Mitteilungen überschüttet, die sich in allerlei Kombinationen über die Zusammenlegung der neuen Regierung ergingen. Der Streit um die Frage, bleibt David Präsident der Nationalversammlung oder verzichtet er zugunsten des Zentrumsmanns Friedrich Ebert Reichspräsident oder Reichsverweser, um diesen alten Begriff aus dem Jahre 1849 wieder aufzuerstehen zu lassen, oder irgendein "Bürgerlicher", müßte allmählich langweilig wirken und konnte auf die Herzen fallen, weil wir alle nicht eine Kapitalerei um irgendein ehrenvolles Amt, sondern praktische Arbeit zur Wiederaufrichtung des Reichs erwarteten. Nun, die Montags-Sitzung der Deutschen Nationalversammlung hat uns dem Ende des Streits um die Verteilung der Regierungsgewalt näher gebracht; denn mit der praktischen Arbeit wurde nach einem fast schon zu langen Jögern angefangen.

Es ist grundlegende Arbeit, die am gestrigen Montag nach den vorliegenden drahtlichen Berichten geleistet wurde allerdings noch nicht solche, die Dauer verheißt. Nachdem schon der Sonnabend die erste Lesung der Verfassungsentwürfe über die Regelung der Reichsgewalt gebracht hatte, sollte die Vorlage jetzt endgültig ihre Erledigung finden. Bei der ersten Lesung hatte es den Anschein gemacht, als ob die Vorlage nach der Begründung durch den demokratischen Staatssekretär Dr. Preußler lang und langsam unter Dach und Fach gebracht werden würde. Dann aber prasselten die Änderungsanträge auf das Preussische Werk nur so nieder, gleichsam als ob nicht die Not der Zeit als dringende Mahnerin hinter der Nationalversammlung stünde und als ob die Vorlage auch ebenlogig in einigen Wochen erledigt werden könnte. Wären alle Anträge einer lässlichen Durchberatung unterzogen worden, dann wäre eine geradezu heftige Verzögerung entstanden. Die Macht der Mehrheit hätte kraftvoll in Erscheinung treten müssen. Durch energische Schlussanträge hätte ein Ausweg aus dem Dilemma gesucht werden müssen. Daß es nicht so schlimm kam, ist begrüßenswert.

Allein durch die Anträge der Unabhängigen hatte sich das Haus hindurchgearbeitet. Für sie ist die Regierung Ebert-Scheidemann nun einmal ein höchst reaktionäres Gebilde, dessen Arbeiten und Gedanken nichts als Mißtrauen verdienen. Die Unabhängigen kümmern sich denn auch herzlich wenig um den Willen aller anderen Parteien, das Gesetz möglichst schnell zu erledigen, um dadurch eine verhandlungsfähige Regierung zu schaffen. Besonders wandten sich die Unabhängigen gegen die Einrichtung eines Staatenscheiters und gegen die Stellung des Präsidenten. Sie, die danach streben und streben, die Rechte der Nationalversammlung nach Kräften zu beschneiden und zu unterbinden, orientieren bei ihrer Stellungnahme gegen das Staatenscheitern mit dem Gedanken, daß die Souveränität der Nationalversammlung nicht beeinträchtigt werden dürfe. An Stelle eines Reichspräsidenten möchten die Unabhängigen ein Kollegium von fünf Köpfen haben. Ihre Anstrengungen blieben erfolglos. Der Arbeitsblock, der hier alle Parteien mit Ausnahme der Ipartatensverbänden Unabhängigen umfaßt, nahm einen Antrag Panner-Vöbe-Polaborsky-Kiesler für die Schaffung eines Staatenscheiters an, der auch für die Möglichkeit der Schaffung neuer deutscher Bundesstaaten Raum läßt. Von größter politischer Tragweite ist hierbei jedoch, daß eine Frist bis zum 31. März d. J. festgelegt ist. Wenn die Unabhängigen in ihrer Zerplitterungswut weitere Fristsetzungen gründen wollen — man denke hier nur an die berühmte nordwestdeutsche Republik, an die Zentrumrepublik Rheinland usw. —, dann werden sie sich scheitern müssen. Zu den Anträgen der Unabhängigen, die ein unumhülliches Ende fanden, gehört auch der, der den Arbeiter- und Soldatenräten eine ganz besondere Stellung durch eine Art Kontrollinstanz zuschreiben wollte.

Von politischer Bedeutung war schließlich noch eine Debatte über die diplomatischen Geheimverträge. Der Staatssekretär des Äußeren will keine Geheimverträge abschließen. Das ist eine erfreuliche Zusage für die Zukunft, die aber stillen Wert hat nur haben kann, wenn auch die Gegenseite auf Geheimverträge verzichtet, was das von dem demokratischen Abg. Dernburg betont worden ist.

In drei Stunden war nach den vorliegenden Berichten das große Werk vollbracht. Deutschland hat eine republikanische Verfassung. Dafür war nicht nur der aus Zentrum, Demokraten und Reichspolissozialdemokraten gebildete Regie-

rungsbild, sondern das ganze Haus mit Ausnahme der Unabhängigen, die ärmlich und polternd hinter dem langsam in Bewegung kommenden Reichswagen herlaufen, ohne ihn zum Stillstande bringen zu können. Diese Einmütigkeit fast der gesamten deutschen Volkvertretung muß auch auf das Ausland einen gewissen Eindruck machen. Noch mehr für das ernsthafte demokratische Wollen unserer vorparlamentarischen Regierung sprach dann der Wunsch der Montag-Sitzung. Die Regierung ließ durch den Mund des Volksbeauftragten Scheidemann erklären, daß sie ihr Mandat als erledigt ansieht und deshalb in die Hände der Nationalversammlung zurückgibt. Das ist demokratische Art, die so ganz anders aussieht als das Verfahren vieler Arbeiter- und Soldaten-

räte, die auch nach den Wahlen nicht von ihrer selbst zugeeigneten Macht lassen wollen. Die jetzige Regierung wird auf Wunsch der Nationalversammlung bis zur Bildung des Reichsministeriums die Geschäfte weiter führen. Mit der Bildung des letzteren wird die Nationalversammlung durch die Wahl des Reichspräsidenten den ersten Schritt tun. Es besteht nach allen bisher vorliegenden Meldungen kein Zweifel daran, daß Volksbeauftragter Ebert heute zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt werden wird, und es bleibt nur der Ausdruck der Hoffnung übrig, daß dem von ihm zu benennenden Ministerpräsidenten schnellstens die Bildung eines Ministeriums mit einem zuträgen Aktionsprogramm gelingt. C. H.

Die erste Redeschlacht in der Nationalversammlung.

Einmütigkeit der Parteien von Posadowsky bis Scheidemann. Die Opposition der Unabhängigen. — Um das Staatshaus. — Gegen den Abschluß künftiger Geheimverträge. — Scheidemanns Regierungserklärung.

Weimar, 10. Februar. Vierte Sitzung der Nationalversammlung. Eröffnung um 3 Uhr.

Auf den Regierungsbänken Mitglieder der Reichsregierung und der Bundesräte.

Zunächst gibt der Präsident Dr. David bekannt, daß die Leipziger Abgeordneten mitzutreten wünschen, um wilden Gerüchten in Weimar entgegenzutreten, daß Unruhen in Leipzig

ausgebrochen seien, daß mit Maschinengewehren geschossen und der Oberbürgermeister verletzt worden wäre, daß alle diese Gerüchte unwahr seien. Weil die Schugleute und die Feuerwehre in einen Streit eingetreten seien, um Lohnforderungen durchzusetzen, ruhe der Betrieb im Leipziger Rathaus.

Weiter gibt der Schriftführer bekannt, daß der deutsche Volksrat für Westpreußen in Danzig, der Kongreß der vöpreussischen Arbeiter- und Soldatenräte, die Delegierten der bayerischen Volkshüter, der österreichische Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden und der Arbeiter- und Soldatenrat Westpreußen

die Nationalversammlung begrüßen und sich hinter die Nationalversammlung stellen, die zugleich aufgefordert wird, kein Bündnis mit dem kaiserlichen Bundesheer zu schließen.

Hiernach wird in die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über

die vorläufige Reichsgewalt eingetreten. Der Präsident teilt den Vorlauf einer Anzahl von Anträgen der Deutschnationalen Volkspartei mit, die bereits von der Presse veröffentlicht worden sind. Die Vertreter der Parteien geben hierauf Erklärungen über die Stellungnahme ihrer Parteifaktionen ab.

Als Erster spricht namens der süddeutschen Regierung Herr Träger, der für Süddeutschland die Zustimmung gibt, daß man für den Entwurf stimmen werde, wenn er eben den nur vorläufigen Charakter trage und wenn bald an die Schöpfung einer endgültigen Verfassung herangetreten werden möchte.

Volksbeauftragter Ebert gab eine dementsprechende kurze Erklärung ab.

Namens der Mehrheitsparlamentaristen tritt Abg. Pöbe-Weisau die Erklärung ab, daß seine Partei, obgleich sie starke Bedenken insbesondere gegen § 2 des Verfassungsentwurfs habe, für diesen Entwurf stimmen werde.

Abg. Pöbe (Deutsche Volkspartei) gab für seine Fraktion eine Erklärung ab: Das deutsche Volk hat die ihm zuteilgehende Souveränität ausüben durch die Wahlen zur Nationalversammlung. Die Voraussetzung der Regierungsgewalt muß

die demokratische und republikanische Verfassung

sein. Für dieses große Hauptwerk müssen wir eine Verfassung schaffen. Es muß anerkannt werden, daß die Verfassungsentwurf sofort in Kraft zu treten hat. Wir behalten uns vor, alle großen Gesichtspunkte, die wir für notwendig erachten, in das eigentliche Verfassungswerk hineingebraucht zu werden und ohne Rücksicht auf unsere heutige Zustimmung geltend zu machen. Unsere feste Zuversicht ist, daß das Gesetz einen gerechten und vernünftigen Ausgleich über staatsmännliche Erwägungen hinwegbringen wird. Verständigung und Nachgeben haben uns zum Erfolge verholfen. Verständigung und Nachgeben werden uns auch eine Verfassung schaffen, die uns die Stellung gibt, die uns niemand mehr vordrängen kann. Unsere Feinde, die uns

den Felsen vorhalten wollen, sollen uns auf diesem ersten Schritt geeint und entschlossen finden. Die erste Kräftigung soll den anderen vor-

guter Vorbildung sein. Wenn die Nationalversammlung zu einer ersten und zielbewußten Arbeitsgemeinschaft wird, so wäre das der Erfolg der demokratischen Idee und der sozialen Umänderung. Meine Freunde, die dieser Idee dienen wollen, werden geschlossen für die Vorlage stimmen. Redner tritt auch um sofortige Durchberatung des Entwurfs in zweiter und dritter Lesung.

Abg. Heim (Bayer. Volkspartei) wünscht, daß es gelingt, den berechtigten Wünschen seiner bayerischen Heimat endlich gerecht zu werden. Wir behalten uns die bayerische Regierung und den bayerischen Landtag vor. Sollten diese entkräftet werden, dann müßten wir gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Dehnbach (Deutschl. Sp.) bemerkt, daß seine Fraktion gegen den Verfassungsentwurf

schwerste grundsätzliche Bedenken gehegt habe, so daß zunächst an eine Kommissionsberatung des Verfassungsentwurfs gedacht werden sei. Er verleihe aber nicht, daß eine solche Verabschiedung ein geschichtliches Erfordernis sei, und so sei keine Fraktion bereit, auf die Kommissionsberatung zu verzichten und bei der Verabschiedung der Verabschiedung mitzuwirken. Er glaube, daß damit die Stellung der Regierung eine Stärkung erfahren werde, wenn nicht nur schnell, sondern auch möglich einstimmig die Vorlage angenommen wird. Infolge dieses Standpunktes ziehe er namens seiner Fraktion die von seiner Partei

gestellten Anträge zurück und erkläre seine Bereitwilligkeit, für die Vorlage zu stimmen. Wir bringen damit ein großes Opfer, jagte der Redner, aber wir sind auch dazu bereit.

Der Abg. Dr. Heine (Deutsche Sp.) hegt gegen die Vorlage ebenfalls Bedenken, aber seine Freunde stellen diese Bedenken zurück aus politischen Rücksichten. Sie fassen deshalb von allen Anträgen ab und hoffen, daß mit der Annahme und Durchführung des Gesetzes wieder Ordnung und Sicherheit im Vaterlande geschaffen werden. Für die endgültige Verfassung behalten sie sich ihre Stellung natürlich vor.

Abg. Dr. Cohn (Unabh.) und seine Freunde halten es für notwendig

eine Vor- und Rückschau zu halten. Diese Vor- und Rückschau wird in sehr ausweichtiger Weise von dem Redner vorgenommen. Sie seien nicht abgeneigt, eine provisorische Verfassung mit zu schaffen. Seine Fraktion habe es aber für notwendig gehalten, mit einer Stimme zweier Beschlüsse an der Schöpfung der Verfassung teilzunehmen. Seine Fraktion beantragt, den § 2 zu streichen. Der Staatenscheitler sei nicht ein Bundesorgan, sondern ein Hemmungsmittel. Es könne sich nur handeln um den Standpunkt einer einheitlichen deutschen Republik. Schwere Bedenken helfen gegen

die Stellung des Reichspräsidenten, bei der die alten Traditionen wie bei vielen anderen stark in die Erscheinung traten. Er möchte keinen Kopf zum Wande geben, daß der Entwurf von einem beachtlichen Manne der früheren Reichspräsidenten verfaßt worden ist, nicht aber von einem der neuen. Seine Freunde wären vor, an die Spitze der Republik nicht einen Präsidenten sondern ein Kollegium von fünf gleichberechtigten Räten

zu setzen, um eine Aidenwirkung zur Monarchie zu verhindern. Seine Fraktion wolle verbinden, daß die Revolution abgeschlossen und abschließend gemacht werde. Wenn es dazu käme, dann solle der Zentralrat der Räte und Soldaten die Weisung haben, die Wahl wieder auszuführen in einer Auswahl der Nationalversammlung. Der Redner trat für die

Verabschiedung der Räte und Soldaten ein. Diese Entwicklung könne nicht aufzuhalten werden durch Staatsdrücke von oberflächlichen Reformen.

Herr Helm (H. Sp.): erklärt im Namen seiner Freunde...

Herr Dr. Waldheim (Dem.): Wir freuen uns des Beschlusses...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt im Namen seiner Freunde...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): begründet in längerer Rede die...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Waldheim (Dem.): Wir freuen uns des Beschlusses...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt im Namen seiner Freunde...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): begründet in längerer Rede die...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (H. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

nachdem er die den beiderseits angenommenen Grundrissen...

Zulagen für Schwerearbeiter.

WTB. Berlin, 10. Februar. Die Schwere, Schwerkraft...

Das neue Reichsheer.

Friedenskräfte von 250 000 Mann.

Deutsches Reich.

Rückerbände bei Danzig.

Stichproben in Frankfurt.

Die Wahlen in Koblenz.

Halle und Umgegend.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Am Vorstandsamt die Herren Geheimherzogin Dr. Reil...

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage.

Art Verleumdung in Polen.

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage.

Art Verleumdung in Polen.

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage.

Art Verleumdung in Polen.

Die Welt ohne Licht.

Novelle von Hans Geisold. Darum kam Renate auf ihren ersten Ball mit...

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage. Die Wahlen sind...

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage.

Art Verleumdung in Polen. Die Wahlen sind...

von Koffin aus wird die Stadtvorordnetenversammlung zum Protokoll gegen die Neuerhebung des Gemeindefuhrlohs

Der Herr Koffin hat bei der Besprechung und bei der Besprechung der Nationalversammlung angedeutet, dass der Herr Koffin...
Der Herr Koffin hat bei der Besprechung und bei der Besprechung der Nationalversammlung angedeutet, dass der Herr Koffin...
Der Herr Koffin hat bei der Besprechung und bei der Besprechung der Nationalversammlung angedeutet, dass der Herr Koffin...

dem Rathauskeller 60 000 Mark (85 Prozent), für die Waffern...

dem Rathauskeller 60 000 Mark (85 Prozent), für die Waffern...
dem Rathauskeller 60 000 Mark (85 Prozent), für die Waffern...
dem Rathauskeller 60 000 Mark (85 Prozent), für die Waffern...

Zeitschrift.

Die amtlichen Preiskontrollen für die wichtigsten Lebensmittel...
Korn 100 Hl. 210.00
Weizen 100 Hl. 210.00
Roggen 100 Hl. 210.00
Gerste 100 Hl. 210.00
Hafer 100 Hl. 210.00
Fleisch 100 Kilo 210.00
Eier 100 St. 210.00
Milch 100 Liter 210.00

Erhöhung der Schmelzenergie.

Die Vereinigung der Eisenbahnen...
Die Vereinigung der Eisenbahnen...
Die Vereinigung der Eisenbahnen...

Berliner Börse vom 10. Februar 1919.

Telegramme.
Eisenbahn-Aktien: 80.00
Schiffahrts-Aktien: 80.50
Bank-Aktien: 140.00
Industrie-Aktien: 240.50

Provincial-Nachrichten.

Der Bürgermeister...
Der Bürgermeister...
Der Bürgermeister...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Handel, Gewerbe und Verkehr.
Handel, Gewerbe und Verkehr.
Handel, Gewerbe und Verkehr...

Erklärung eines Straßenbahnhofs

Erklärung eines Straßenbahnhofs...
Erklärung eines Straßenbahnhofs...
Erklärung eines Straßenbahnhofs...

Produktmehl.

Produktmehl...
Produktmehl...
Produktmehl...

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse...
L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse...
L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse...

Gesundung durch Sauerstoff!
Das natürliche giftfreie Verfahren ohne Berufsstörung bei...
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Gicht, Rheuma, Stuhlruhr etc. Hohlleiden usw.

Günstige Sache!
In hervorragender, gesunder Lage, nahe an München, im Würmtal ist ein Anwesen, sehr gut geeignet als...
Fremdenheim
15 Zimmer, 2 Kellern, Kammern, Hellere, Stall, Bad, Licht, etc. etc.

Ia. Weissmetall (Lagermetall)
Friedensware, sowie andere Legierungen, vortrefflich lieferbar...
H. Sachs & Co., Gleiwitz, O.-S.

Zu verkaufen
Verkauf der Villa Uferstraße 4.
Die Villa des verstorbenen Herrn Gehobart Schwabe, schönherausgerichtet, 11 Zimmer und die nötigen Zubehörgegenstände, mit Gartengrundstücken, etc.

Bachpappen-Beerprodukt
wieder vorrätig.
Friedrich Jesau,
vorm. Wilhelm Reupach, A 237/3
G. m. b. H.
nur Dörsanner Strasse.

Schreibmaschine
neu oder gebraucht, mit sichtbarer Schrift, ankaufen gesucht. Preisangebot mit Angabe des Fabrikats unter B. F. 697 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4, erbeten.

